

Berlin, 7. Juni 2021

Resolution der AfD-Bildungspolitiker in Bund und Ländern

Neuntes interfraktionelles Treffen am 7. Juni 2021

Keine Impfpflicht durch die Hintertür – Sofort zum Präsenzunterricht zurückkehren

Die Bildungspolitiker der AfD in Bund und Ländern sind besorgt über die Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf Kinder und Jugendliche und haben in ihrer gemeinsamen Sitzung folgende Resolution beschlossen:

Seit Einführung der Corona-Maßnahmen wurden in Deutschland immer wieder Bildungseinrichtungen geschlossen. Unterrichtsausfall, Onlineunterricht und verschiedene Wechsel-Modelle traten an die Stelle des Präsenzunterrichts. Zunehmend wird es zur Gewissheit, dass diese Maßnahmen weder verhältnismäßig noch notwendig waren.

Inzwischen kann niemand mehr die schweren psychischen und sozialen Folgen der Schließung von Schulen und Sportvereinen leugnen, wie sie beispielsweise durch die Hamburger COPSYS-Studie belegt werden.

Laut Beschluss von Bund und Ländern auf dem letzten Impfgipfel am 27. Mai 2021 soll die Impfkampagne für Kinder ab 12 Jahren am 7. Juni 2021 beginnen. Damit ignoriert die Bundesregierung die Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO).

Nach derzeitigem Stand sieht die STIKO keine Notwendigkeit und keine wissenschaftliche Grundlage für die Impfung von gesunden Kindern und Jugendlichen.

Die AfD-Bildungspolitiker in Bund und Ländern fordern daher:

1. Die umgehende Rückkehr zum Präsenzunterricht ohne Masken- und Testzwang.
2. Die Teilnahme am Präsenzunterricht darf nicht von einer Impfung gegen SARS-CoV-2 abhängig gemacht werden.
3. Die Teilhabe an Freizeitaktivitäten und Vereinssport muss allen Kindern und Jugendlichen wieder ohne Impfung, Test und Masken freistehen.